

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Stadtvertretung**

27.03.2025

Niederschrift

über die 6. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 27.03.2025

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

<u>Beginn:</u>	15:00 Uhr		<u>Ende:</u>	20:20 Uhr
<u>Unterbrechung:</u>	16:34 Uhr	bis		16:42 Uhr
	17:13 Uhr	bis		17:25 Uhr
	18:59 Uhr	bis		19:08 Uhr

Anwesenheit:	Soll	43 Mitglieder der Stadtvertretung
	Ist	38 Mitglieder der Stadtvertretung
	88,37 %	

Anwesend:

Stadtvertretung

Ratsherr Prof. Dr. Roman Oppermann - Sitzungsleiter	SPD/Grüne
Ratsherr Jens Kreutzer	BSW/BfN
Ratsherr Jörg Albrecht	SPD/Grüne
Ratsfrau Mandy Arndt	AfD
Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Jörg Borchert	CDUplus
Ratsherr Björn Bromberger	CDUplus
Ratsherr Steffen Bülow	CDUplus
Ratsherr Nicola D'Aniello	CDUplus
Ratsherr Prof. Dr. Michael Ernst	Projekt NB
Ratsherr Peter Fink	AfD
Ratsfrau Vanessa Freund	SPD/Grüne
Ratsherr Tim Großmüller	fraktionslos
Ratsherr Harry Hahne	BSW/BfN
Ratsherr Holger Hanson	Projekt NB
Ratsherr Bernd Herrmann	Projekt NB
Ratsherr Olaf Jammrath	BSW/BfN
Ratsherr Toni Jaschinski	fraktionslos
Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer	SPD/Grüne
Ratsherr Jörg Kracht	AfD
Ratsfrau Anett Kreutzer	BSW/BfN

Ratsherr Dr. Roman Kubetschek
 Ratsherr Jan Kuhnert
 Ratsfrau Caterina Muth
 Ratsfrau Gritta Neumann
 Ratsherr Maik Ohlenforst
 Ratsfrau Ina Paulitschke
 Ratsherr Kay Reinders
 Ratsfrau Antje Rohde
 Ratsherr Olaf Schanz
 Ratsherr Robert Schnell
 Ratsfrau Yvette Schöler
 Ratsherr Heiko Schröder
 Ratsherr Thomas Schröder
 Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke
 Ratsherr Michael Stieber
 Ratsfrau Sibylle Weber
 Ratsherr Raphael Wittek

Projekt NB
 BSW/BfN
 fraktionslos
 CDUplus
 AfD
 SPD/Grüne
 fraktionslos
 BSW/BfN
 AfD
 AfD
 CDUplus
 CDUplus
 BSW/BfN
 BSW/BfN
 SPD/Grüne
 AfD
 CDUplus

Stadtverwaltung

Herr Witt
 Herr Modemann
 Frau Piotrowski
 Herr Murawski
 Frau Rathsack
 Herr Enko
 Herr Bachmann
 Frau Kutzik
 Frau Seugling
 Herr Grömke
 Frau Kunze
 Frau Kriegler
 Herr Milbrandt
 Herr Behm
 Herr Ramp
 Frau Kapler
 Frau Hänsch
 Frau Witt

Oberbürgermeister
 1. Stellv. des Oberbürgermeisters, Beigeordneter
 2. Stellv. des Oberbürgermeisters
 Leiter Büro des Oberbürgermeisters
 ABLin Recht und Vergaben
 ABL Gebäude und Sportstätten
 Beauftragter Beteiligungsmanagement
 Leiterin Rechnungsprüfungsamt
 Strategische Kommunikation & Marketing
 Referent OB/Leiter PMÖ
 ABLin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
 ABLin Wirtschaft, Stadtentwicklung, Wohnen
 SGL Bauleitplanung
 ABL Brandschutz und Rettungsdienst
 ABL Schule, Sport, Generationen
 Leiterin Büro der Stadtvertretung
 Büro der Stadtvertretung
 Büro der Stadtvertretung

Abwesend:

Ratsherr Thomas Gesswein
 Ratsfrau Sigrid Strelow
 Ratsherr Roland Fanselow
 Ratsherr Steven Giermann
 Ratsherr Holger Mieth

CDUplus
 AfD
 AfD
 CDUplus
 SPD/Grüne

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die 6. Sitzung der Stadtvertretung. Er begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Wortmeldung Frau **Krüger** aus Neubrandenburg:

Sie merkt an, dass die Stadt in den Außenbereichen nicht so bunt und sauber sei, wie in den Innenbereichen. Sie schlägt vor, den Weg um den Reitbahnsee in nächster Zeit mit einer neuen Schicht zu versehen, bspw. wie am Tollensesee.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Wortmeldung Herr **Bierstädt** aus Neubrandenburg:

Er bezieht sich auf das von der Bundesregierung geschnürte Schuldenpaket und fragt, wie die Stadt Neubrandenburg das Geld, das ihr wahrscheinlich zufließt, verwaltet, wohin es geht und wie die Rückzahlungen laufen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** entgegnet, dass in diesem Fall keine konkrete Antwort gegeben werden könne.

Wortmeldung Herr **Feuker** aus Neubrandenburg:

Er fragt, wann er die Antworten auf seine in der letzten Stadtvertreterversammlung gestellten Fragen erhält.

Oberbürgermeister **Witt** sagt diese innerhalb der nächsten 14 Tage zu.

Weiterhin bezieht sich Herr **Feuker** auf die Wortmeldung von Herrn **Schümann** in der letzten Sitzung der Stadtvertretung. Diesem wurde dort die Prüfung einer Bitte und eines Antrags zugesagt. Er erfragt den aktuellen Stand der Bearbeitung.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, dass die schriftliche Beantwortung bereits stattgefunden habe und versandt werde.

Die Oberbürgermeisterwahl betreffend fragt Herr **Feuker**, ob die Stadt plane, ein öffentliches Forum mit allen sich zur Wahl stellenden Kandidaten durchzuführen, in dem die Bürger ihre Fragen stellen können.

Oberbürgermeister **Witt** führt aus, dass die Stadtverwaltung ihre Informationspflicht erfüllt habe, indem alle Oberbürgermeisterkandidaten bekannt gemacht wurden, veröffentlicht wurde, wann der Wahlausschuss tagt, sowie dessen Ergebnis.

Auf die Frage von Herrn **Feuker**, warum auf einer Veranstaltung vor dem Rathaus nur ein Oberbürgermeisterkandidat auf dem veröffentlichten Foto zu sehen sei, antwortet Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, dass es sich dabei um eine öffentliche Veranstaltung gehandelt habe, an der jedermann teilnehmen konnte.

Herr **Feuker** fragt weiter, ob es Anfragen von Militär- und Rüstungsfirmen zur Niederlassung in Neubrandenburg gebe.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** antwortet, dass für die Verteidigung der Bund zuständig sei und solche Fragen nicht Gegenstand einer Stadtvertretung seien. Hingegen wären Fragen zu einer diesbezüglichen Gewerbeansiedlung zu beantworten. Das sei aktuell jedoch nicht Thema in dieser Stadtvertretung.

Weiterhin fragt Herr **Feuker**, wie mit aktueller Fluglärmbelästigung tagsüber als auch nachts umgegangen werde, an wen sich diesbezüglich zu wenden sei.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** antwortet, dass dafür grundsätzlich die Flugaufsicht zuständig sei. Weiterhin könne sich an das Bundesverteidigungsministerium sowie Landeskommmando M-V gewandt werden. Auskunft sei auch in Rostock-Laage zu erlangen.

Zur Planung eines etwaigen Krisenfalles fragt Herr **Feuker**, wie dahingehend der Katastrophenschutz aussehe.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, dass ein Konzept entwickelt worden sei und es eine entsprechende Stellenausschreibung zur Besetzung beim Brandschutz und Rettungsdienst gebe.

Zudem erfragt Herr **Feuker** bezugnehmend auf einen möglichen Rückgang von Hausärzten in Neubrandenburg den Ärzteschlüssel und was die Stadt dahingehend unternehmen werde.

Oberbürgermeister **Witt** sagt aufgrund der Komplexität des Themas eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 18.03.2025). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; aktuell sind 37 von 43 Gremiumsmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der Sitzung der Stadtvertretung am 20.02.2025

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Niederschrift abstimmen.

Diese wird bei 32 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0039

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** wurde von einem Bürger auf die Baumaßnahme in der Heidenstraße angesprochen, insbesondere auf die fehlende Beleuchtungssituation z. B. zwischen Greifstraße und Bahnhofofenunterführung. Er fragt, ob für die Zeit der Bauarbeiten dort eine Lösung herbeigeführt werden könnte.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** teilt mit, dass die Verwaltung dazu informieren werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** informiert über die Umbesetzung im Kultur- und Sozialausschuss. Die Fraktion Projekt NB benennt Ratsherrn Holger Hanson als Mitglied und Frau Berit Trettin als stellvertretendes Mitglied.

Ratsherr **Kuhnert** erfragt den Stand der Rathaussanierung und nach verbindlichen Terminen für Stadtvertretersitzungen im Rathaus.

Herr **Enko** antwortet, dass zum 2. Bauabschnitt seit 21.03.2025 die Baugenehmigung vorliege. Auf deren Grundlage fand eine Planerberatung statt. Voraussichtlich werde bis zum 09.04.2025 ein Bauablaufplan vorliegen, sodass verbindliche Termine benannt werden können.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht einen Artikel im Nordkurier (online am 26.03.2025, Print-Ausgabe am 28.03.2025) zum Parkhaus am Pferdemarkt an und hat dazu folgende Fragen:

1. Steht die Stadt vollständig hinter den dort getätigten Aussagen?
2. Hat die NEUWOGES auf ausdrückliche Weisung der Stadt das Parkhaus errichtet?
3. Wie hoch ist die tatsächliche jährliche Unterdeckung?

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0057**

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** spricht den Beschluss der Stadtvertretung (STV 37/12/2023) vom 14.12.2023 mit dem Gegenstand „Nutzung von erneuerbaren Energien auf städtischen Gebäuden und Flächen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg“ an. Hierin seien einige Aufträge an die Verwaltung ergangen. Er bittet um Informationen zum Erfüllungsstand.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0058**

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bittet weiterhin um Beantwortung der folgenden Fragen hinsichtlich der wiederholten Rotlichtverstöße durch Fahrzeuge:

1. Wurden diese Verstöße in den vergangenen 2 Jahren systematisch erfasst?
2. Gab es Kontrollen an Lichtsignalanlagen insbesondere im Bereich des Friedrich-Engels-Ringes und der Schulwege?
3. Wurde beobachtet, welche Lichtsignalanlagen besonders betroffen sind?
4. An welchen Tagen, über welchen Zeitraum erstreckten sich die Kontrollen?
5. Falls solche Kontrollen noch nicht stattfanden, warum nicht?

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0059**

Ratsherr **Großmüller** bezieht sich auf die Antwort des Oberbürgermeisters auf seine Anfrage ANF/VIII/0039 zu den Arbeitszeiten des Ordnungsamtes.

Mehrfach hätte er vergebens versucht, das Ordnungsamt zu den dort angegebenen Zeiten zu erreichen. Er fragt, ob es eine Rufumleitung gibt, oder wie Bürgerinnen und Bürger das Ordnungsamt erreichen können, wenn das Rathaus nicht besetzt ist.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0060**

Ratsherr **Großmüller** spricht die Antwort des Oberbürgermeisters auf seine Anfrage ANF/VIII/0043 an.

Auf seine Frage, wie viele Wohngeldempfänger keine deutsche Staatsangehörigkeit hätten, wurde ihm mitgeteilt, dass eine Statistik zu den Staatsangehörigkeiten der Antragstellenden seitens der verwendeten Software nicht unterstützt werde und infolgedessen keine Auswertung möglich sei.

Ratsherr **Großmüller** meint, dass im Zuge der Antragstellung Angaben zum Geburtsort und zur Staatsangehörigkeit abgefragt würden. Insofern müssten die Angaben auch abrufbar sein. Er fragt, ob die verwendete Software so veraltet sei, dass dies tatsächlich technisch nicht möglich ist.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0061**

Ratsherr **Hanson** führt aus, dass die Ratsfrauen und Ratsherren, die Mitarbeiter der Verwaltung bei den Abläufen, bei den Verhaltensweisen in der Stadtvertretung, sehr strengen Normierungen unterliegen, deren Einhaltung überwiegend gelinge. Bei der Einwohnerfragestunde bittet er, darüber nachzudenken, ob es zu Statements, zu persönlichen, politischen Einstellungen, zu militärischen Einstellungen und zu sonstigen Dingen ein Regelwerk geben könne, das in etwa dem gleichgesetzt ist, wie die Ratsfrauen und Ratsherren sich verhalten sollen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** dankt für den Hinweis und räumt ein, dass es für das Präsidium wichtig sei, nicht politisch zu reagieren. Die Kommunalverfassung sei hier bindend. Es werde darauf geachtet, dass nur Gemeindeanliegen besprochen werden. Für alles andere sei die Zuständigkeit nicht gegeben.

Ratsherr **Schwanke** spricht das andauernde Verfahren um die vor drei Jahren abgebrannten Bootsschuppen an. Er fragt, nach einer verbindlichen Stellungnahme.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, dass die Entwicklung des B-Plans so lange gedauert habe, um die einzelne Antragstellung zu vereinfachen; somit sei ein vollumfänglicher Bauantrag für jedes Vorhaben nicht notwendig geworden. Parallel hätten neue Pachtverträge abgeschlossen werden müssen.

Herr **Enko** führt ergänzend aus, dass für die Brandbeseitigung nach Auflagen des Umweltamtes des Landkreises seitens der Stadt eine Summe von 868.000 Euro aufgebracht wurde, für etwas, was der Stadt nicht gehört. Von dieser Summe seien erst 51.000 Euro

rückvergütet wurden. Die Stadt habe Ökopunkte für den erleichterten Neubau der Bootsschuppen angekauft. Seitens der Stadt sei eine Festlegung der Bezugspunkte vorgenommen worden, um eine gleichmäßige Bebauung und gleiche Größe der Bootsschuppen zu gewährleisten. Er fragt, an welcher Stelle weiter unterstützt werden solle, worauf Ratsherr **Schwanke** antwortet, dass er wissen möchte, wann für die Reihen 13 und 14 Baugenehmigungen erteilt werden. Darauf entgegnet Herr **Enko**, dass noch keiner der Pächter einen Bauantrag gestellt habe.

Ratsherr **Bülow** dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebes Immobilienmanagement. Er habe dort an diesem Morgen angefragt, ob auf den bejagbaren Flächen der Stadt Neubrandenburg verbleibende Munition verschossen werde und sehr schnell - innerhalb einer Stunde – Auskunft erhalten, dass dies nicht der Fall sei.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** bittet um Nachtrag von Änderungsblättern zu folgenden Beschlussvorlagen:

BV/VIII/0117 (TOP 14)
BV/VIII/0131 (TOP 18)
BV/VIII/0112 (TOP 19)

Änderungsanträge liegen vor für folgende Vorlagen:

BV/VIII/0114 (TOP 9)	Fraktion SPD/Grüne
BV/VIII/0115 (TOP 11)	Änderungsantrag Nr. 1 – CDUplus-Fraktion
	Änderungsantrag Nr. 2 – Ratsfrau Muth, Ratsherr Jaschinski, Ratsherr Reinders
	Änderungsantrag Nr. 3 – CDUplus-Fraktion

Ratsherr **Bromberger** zieht Änderungsantrag Nr. 3 zurück.

Die Fraktion Projekt NB beantragt **namentliche Abstimmung** für die Beschlussvorlagen BV/VIII/0127 (TOP 15).

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung wird mit 37 Dafürstimmen einstimmig angenommen.

TOP 8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 9 Grundsätze für Geldanlagen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg (Anlagerichtlinie) Vorlage: BV/VIII/0114

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und bittet um Zustimmung.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** bittet die Gremiumsmitglieder für Debattenbeiträge ans Rednerpult.

Ratsherr **Jaschinski** erfragt die Meinung der Verwaltung zum Änderungsantrag und zum anderen die Auswirkungen dieses Beschlusses.

Ratsherr **Kreutzer** spricht sich im Namen seiner Fraktion ablehnend zum Änderungsantrag aus. Laut Anlagerichtlinie gehe es nicht um die Beteiligung an Unternehmen. Er führt zudem aus, dass Bürokratie abgebaut werden soll. Nun werde jedoch die Anlagerichtlinie mit einem unnötigen Punkt aufgebläht.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** entgegnet auf den Redebeitrag von Ratsherrn **Kreutzer**, dass es hier nicht darum gehe, dass die Stadt selber dieser Beteiligung mache. Es gehe um die Art und Weise, wie die Banken, die Geldanlagen der Stadt zur Verfügung stellen, das Geld erwirtschaftet haben.

Frau **Piotrowski** führt zur Wortmeldung von Ratsherrn **Jaschinski** aus, dass sie die Auswirkungen nicht einschätzen könne, da die Verwaltung das Angebot der Geldanlagen nicht kenne, die diesen Kriterien entsprechen. Die Verwaltung habe bisher regional ausgeschrieben– Neubrandenburger Banken wurden angeschrieben. Es könne nicht vorhergesagt werden, ob solche Angebote tatsächlich eingehen oder ob Geldanlagen mit diesen Kriterien zu bekommen seien. Auswirkungen auf Zinsen könne sie ebenfalls nicht benennen.

Ratsherr **Heiko Schröder** spricht sich ablehnend zum Änderungsantrag aus. Er fragt, wie nachgewiesen werden soll, wo Banken Geld anlegen und wie es verwendet wird? Es werde damit ein bürokratisches Monster aufgebaut und viele Mitarbeiter in der Verwaltung würden mit der Prüfung beschäftigt?

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, da er in der Umsetzung unrealistisch sei. Es könne international agierenden Banken, nicht vorgeschrieben werden, wo und wie sie Geld anlegen. Ratsherr **Dr. Kirchhefer** entgegnet, dass es durchaus Banken gebe, die genau diese Form von Geldanlagen anbiete, die im Änderungsantrag angestrebt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Großmüller**, warum Ratsherr **Dr. Kirchhefer** mehr als zwei Redebeiträge zugestanden werden, verweist Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** auf die Geschäftsordnung. Ratsherr **Dr. Kirchhefer** sei formal Vertreter des Einreichers des Änderungsantrages.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** schließt die Aussprache und lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 11 Dafürstimmen und 16 Gegenstimmen abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 6/9/2025

TOP 10 Jahresabschluss der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2023
Einsatz des positiven Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zur
Finanzierung von Investitionen nach § 12 Nr. 4 GemHVO-Doppik
Vorlage: BV/VIII/0124 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlussnummer: STV 6/10/2025

TOP 11 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2035+ (ISEK Neubrandenburg 2035+)
Vorlage: BV/VIII/0115 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Ratsfrau **Muth** bringt Änderungsantrag Nr. 2 ein und beantragt die Streichung der Abschnitte 2 und 3.

Ratsherr **Bromberger** beantragt die Änderung des Änderungsantrags Nr. 2 wie folgt: Die folgenden Bezüge zur Weiterführung der Umgehungsstraße BA 3 werden gestrichen. Er bittet um Zustimmung.

Ratsherr **Bromberger** bringt Änderungsantrag Nr. 1 ein und bittet um Unterstützung.

Ratsfrau **Muth** beantragt eine Pause zur Absprache über Änderungsantrag Nr. 2.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** räumt eine Beratungspause ein.

Ratsfrau **Muth** führt aus, dass sich auf folgenden Vorschlag verständigt wurde: „Die Bezüge zur Weiterführung der Umgehungsstraße Bauabschnitt 3 und Teile des Bauabschnitts 2 wären nicht notwendig für die Erschließung des Gewerbegebietes und werden gestrichen.“ Die Verwaltung soll den Vorschlag im ISEK einarbeiten und gegebenenfalls korrigieren.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** unterstützt Änderungsantrag 2. Das Bundesverkehrsministerium habe die Umgehungsstraße aus dem Verkehrswegeplan genommen, da nicht wirtschaftlich und notwendig. Laut Verkehrsprognose 2030 würde in Neubrandenburg sogar Minimum 10 % weniger PKW-Verkehr und 7 % weniger LKW-Verkehr erwartet. Insgesamt mache dies eine Umgehungsstraße eher nicht notwendig.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht sich dafür aus, Bauabschnitte 2 und 3 optional zu belassen, um zukünftige Möglichkeiten offen zu halten.

Oberbürgermeister **Witt** führt aus, dass es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll wäre, die Bauabschnitte 2 und 3 vorzuhalten.

Ratsherr **Herrmann** bittet um Präzisierung der Abstimmungsinhalte.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** sagt zu, die geänderten Fassungen vor der Abstimmung aufzurufen.

Ratsfrau **Dr. Balschat** appelliert, das ISEK als Zukunftsgestaltung zu sehen. Die Chance sollte nicht vergeben werden, etwas zu entwickeln und auch Fördergelder einzuwerben. Sie bittet darum, den Änderungsanträgen Nr. 1 und 2 nicht zuzustimmen.

Ratsherr **Reinders** spricht sich dafür aus, sich von den Flächen zu trennen, da diese für eine Straße vorgehalten würden, die seines Erachtens in dieser Stadt niemals benötigt werde.

Oberbürgermeister **Witt** spricht sich für ein Gewerbegebiet mit Ortsumgehung aus und für eine zukunftsorientierte Planung dahingehend.

Ratsherr **Kuhnert** beantragt eine Pause zur Beratung nach Diskussionsende.

Ratsfrau **Muth** führt zu Änderungsantrag Nr. 2 erklärend aus, dass nur der Teil, der nicht zur Erschließung des Gewerbegebietes notwendig sei, gestrichen werden soll. Wie dies in Zukunft technisch umgesetzt werde und welche Planung realisiert wird, finde nicht im ISEK statt, sondern in den späteren Planungen. Die alte Planung von Bauabschnitt 2 war für die Umgehung und nicht für die Erschließung des Industrieviertels gedacht, betont sie.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** fasst nochmal zusammen, dass über eine Option abgestimmt werde. Sollte den Änderungsanträgen zugestimmt werden, nehme sich die Stadtvertretung die Option, irgendeine Umgehung wie auch immer zukünftig zu bauen. Die Trassenführung sei bei dieser Entscheidung nicht zu berücksichtigen, da nicht feststehend. Er spricht sich klar gegen die Änderungsanträge aus.

Oberbürgermeister **Witt** führt in Richtung Ratsfrau **Muth** aus, dass der 2. Bauabschnitt von der Verwaltung quasi hybrid geplant wurde, um eine Erschließung des Industriegebietes möglich zu machen. Eine Unterentwicklung des Industriegebietes habe als Ursache, dass die Grundstücke nicht ausreichend erschlossen seien. Dieser Bauabschnitt sei verwaltungsseitig unstrittig beizubehalten, ob als Teil der Ortsumgehung oder als Teil der Erschließung.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** führt aus, dass genau das der Punkt sei. Eine Umgehungsstraße hätte keine Anbindung an die Gebiete rechts und links, sondern würde ohne Anschlussstelle um die Stadt herumführen. Damit wäre das Gewerbegebiet nicht angeschlossen. Mit dem Änderungsantrag werde das ISEK aufgewertet, da es um die Erschließung des Gewerbegebietes ginge. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Ratsherr **Hanson** beantragt die Schließung der Rednerliste.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** schließt die Rednerliste.

Er räumt eine zehnminütige Pause ein. Die Liste wird vorher abgearbeitet.

Ratsherr **Schwanke** bittet um Ausführungen von Frau **Kriegler** hinsichtlich ihrer Sichtweise zur Diskussion.

Ratsherr **Großmüller** bezieht sich in seinen Ausführungen auf die Firma Chefs Culinar in Weitin. Neubrandenburg sei durch seine schlechten wirtschaftlichen Standortbedingungen wirtschaftlich nicht mehr interessant. Chefs Culinar verlagere seines Wissens größtenteils um nach Berlin, da die Firma in Neubrandenburg infrastrukturell schlecht angebunden sei. Dies müsse im Auge behalten werden. Wenn die Stadt sich weiterhin wirtschaftlich und infrastrukturell nicht weiterentwickelt habe das zur Folge, dass sich Unternehmen zurückziehen. Chefs Culinar, als großer Arbeitgeber, sei das beste Beispiel.

Ratsherr **Heiko Schröder** spricht sich dafür aus, mit Bauabschnitt 3 das Vogelviertel und den Reitbahnweg nicht zu trennen. Es solle die Möglichkeit offengelassen werden, eine andere Lösung zu finden, z. B. eine Anbindung von der Demminer Straße zur Rostocker Straße oder nach Weitin. Eine Umgehung sei verkehrstechnisch entlastend.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über den Antrag von Ratsherrn **Hanson** abstimmen, die Debatte zu schließen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau **Kriegler** erklärt der Bitte von Ratsherrn **Schwanke** entsprechend die strategische Bedeutung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Sollte die Stadt im Jahr 2030 eine andere Meinung zu den Bauabschnitten 2 und 3 haben, seien immer Anpassungen in diesem Konzept möglich. Aus den vergangenen Wahlperioden sei bekannt, dass das ISEK regelmäßig fortgeschrieben worden sei. Aktuell konnte keine Fortschreibung getätigt werden, da das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung der Stadt auferlegt habe, das ISEK neu aufzustellen. Das ISEK sei Grundlage für alle Fördermittel von Bund, Land und EU.

Deswegen sollte der 3. Bauabschnitt im Konzept verbleiben. Was im Flächennutzungsplan bzw. im Bauleitplan festgelegt wird und ob dann eine Ortsumgehung oder eine Gemeindestraße die Grundstücke erschließt, sei eine andere Sache. Zu gegebener Zeit müsste die Stadtvertretung das im Rahmen des Flächennutzungsplanes in der Neuaufstellung festlegen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** räumt eine Beratungspause ein.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über den Änderungsantrag Nr. 1 mit folgendem Inhalt abstimmen:

„Der Beschlussvorschlag wird zum Beschlusspunkt 1 und ein weiterer Beschlusspunkt 2 wird hinzugefügt:

Der Beschlusspunkt Nr. 2. lautet wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Arbeitsgruppe ISEK bis zum 30.04.2025 einzuladen und mit der Bearbeitung des Konzeptes kontinuierlich fortzufahren.“

Abstimmungsergebnis: Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 16 Dafürstimmen, 19 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über Änderungsantrag Nr. 2 mit folgendem Inhalt abstimmen:

„...“

1. Die Bezüge zur Weiterführung der Umgehungsstraße BA 3 werden gestrichen
2. Die Bezüge zur Weiterführung der Umgehungsstraße BA2, die nicht notwendig sind für die Erschließung des Gewerbegebietes, werden gestrichen.“

Ratsfrau **Muth** beantragt die Abstimmung über jeden Absatz einzeln.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über Absatz 1 von Änderungsantrag Nr. 2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mit 8 Dafürstimmen, 16 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über Absatz 2 von Änderungsantrag Nr. 2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mit 11 Dafürstimmen, 19 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt

Somit ist Änderungsantrag Nr. 2 insgesamt abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt namentlich über Vorlage BV/VIII/0115 abstimmen. Das Ergebnis ist dem Protokoll als Anlage 1 angefügt.

Abstimmungsergebnis: 32 Dafürstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.
Beschlussnummer: STV 6/11/2025

**TOP 12 Gestaltungssatzung für das Gebiet der Innenstadt von der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg hier: Beschluss zur Aufstellung der Gestaltungssatzung
Vorlage: BV/VIII/0118**

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Er schließt die Aussprache.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 16 Dafürstimmen und 19 Gegenstimmen abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 6/12/2025**

**TOP 13 Zielkatalog mit Einzelmaßnahmen für das Thema "Inklusion im Sport"
Vorlage: BV/VIII/0126 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Es gibt keine Wortmeldungen. Er schließt die Aussprache.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 6/13/2025**

**TOP 14 Umsetzung des Karl-Marx-Denkmal
Vorlage: BV/VIII/0117 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Ratsherr **Kreutzer** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsherr **Hanson** schlägt als geschützten Raum zur Aufstellung des Denkmals den Innenhof der Kunstsammlung, das Foyer im VZN, das Museum im alten Kloster vor.

Oberbürgermeister **Witt** erinnert an den Prozess zur Findung eines passenden Ortes zur Aufstellung des Denkmals. Er regt an, sich Zeit zur Beratung zu nehmen, welcher Standort es endgültig sein soll. Vorschläge seien in der Vergangenheit bereits von der Stadtverwaltung angeregt worden, die von der Stadtvertretung nicht angenommen wurden.

Ratsherr **Stieber** führt aus, warum sich die Fraktion SPD/Grüne sich zum Antrag enthalten wird.

Ratsherr **Kuhnert** zieht im Namen der Fraktion BSW/BfN die Vorlage zurück.

Die Vorlage wird vom Einreicher zurückgezogen.

**TOP 15 Ausschreibung Planungsleistungen Schwimmhalle, Planungsphasen 1 bis 3
Grundlage:
§ 8 und § 9 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung
Vorlage: BV/VIII/0127**

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Ratsherr **Bromberger** führt aus, dass bereits eine Ausschreibung für eine Schwimmhalle vorliege, die veröffentlicht werden könne. Ein jahrelanger Beteiligungsprozess sei zu erwarten. Ein beschlossener Standort sowie Raumkonzept liegen vor und die

Planungsleistungen könnten ausgeschrieben werden. Die Vorlage verfolge ein nicht sinnvolles oder nachhaltiges Konzept, dessen Mehrwert anzuzweifeln sei.

Er zitiert an dieser Stelle die Arbeitsgruppe 10 - Kommunen, Sport und Ehrenamt: „...Wir helfen Ländern, Kommunen und Vereinen nach Bedarf bei der Modernisierung und Sanierung von Sportstätten. Dafür stellen wir mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung. Unser Augenmerk liegt auf Sporthallen und Schwimmbädern, ggf. auch mobilen Schwimmcontainern, um die Schwimmfähigkeit der Menschen in unserem Land zu verbessern. Die Schaffung von Barrierefreiheit, Energieeffizienz und die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit werden hierbei besonders berücksichtigt. Wichtig ist zudem die Prüfung der Sportanlagenlärmschutzverordnung und ggf. deren Anpassung.“

Ratsherr **Bromberger** ruft auf, anzufangen und den Stadtwerken den Auftrag zu erteilen; und bittet um Ablehnung der Vorlage.

Ratsherr **Hanson** bringt die Vorlage ein und bittet um Unterstützung. Er gibt zu bedenken, dass bis jetzt einige Bauvorhaben der Stadt Neubrandenburg maßlos über das Ziel der geplanten Investitionen hinausgegangen seien. Es sollte ein weiterer möglicher Schaden für die Gesellschaft abgewendet werden.

Ratsherr **Schwanke** unterstützt die Vorlage und führt dazu aus, dass damit hohe Kosten von der Stadt abgewendet werden können.

Oberbürgermeister **Witt** führt aus, dass nichts gegen eine neue Schwimmhalle spräche. Die aktuelle finanzielle Situation gebe diese möglicherweise nicht her. Stand heute seien zum 31.03.2025 die Planungsleistungen auszuschreiben, laut Beschlusslage.

Ratsherr **Albrecht** hält es für schwierig, die Planungskosten von den Neubrandenburger Stadtwerken aufzubringen. Weiterhin solle die Frage gestellt werden, ob die Stadt sich eine Schwimmhalle heute noch leisten könne und die getroffenen Entscheidungen überdacht werden. Er fragt, ob eine Gesellschaftsform gefunden werden kann, die mit der Planung der Schwimmhalle beauftragt wird.

Ratsherr **Herrmann** führt zur Aussage von Ratsherrn Bromberger aus, dass eine Option, die 2 Millionen koste, anders angeschaut werden müsse als eine Option, die nichts koste. Im Moment sei unter den voraussehbaren Kosten keine Finanzierung möglich. Sollten sich in den nächsten Jahren die Gegebenheiten ändern, könne dann anders verfahren werden.

Ratsfrau **Dr. Balschat** macht darauf aufmerksam, dass die Stadtwerke mit Planung und Bau der Schwimmhalle vor einer zu großen Herausforderung stünden.

Ratsherr **Reinders** führt aus, dass die Planung beginnen müsse. Nur dann bliebe überschaubar, wie hoch die Kosten sind und wo der beste Standort sei. Die Planungskosten seien seiner Kenntnis nach im Haushalt der Stadtwerke vorhanden, sodass momentan keine wirtschaftlichen Folgen für die Stadt Neubrandenburg ersichtlich sind.

Ratsherr **Kracht** bezieht sich auf den gestrigen „Spatenstich für die Ortsumgehung Mirow“. Diese hätte bereits 2015 gebaut sein können. Jetzt, bis ins Jahr 2025, haben sich die Baukosten verdoppelt. Er befürchtet, dass dies für die Stadt Neubrandenburg ähnlich der Fall sein könne. Die Planung sollte beginnen, auch wenn die Schwimmhalle im Endeffekt nicht gebraucht werde.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** und Ratsherr **Heiko Schröder** sprechen sich für eine Entscheidung zum Planungsbeginn aus.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** und Ratsherr **Hanson** bitten um Unterstützung für die Vorlage.

Ratsherr **Borchert** und Ratsherr **Bülow** sprechen sich gegen die Vorlage aus und für den Planungsbeginn aus.

Ratsfrau **Neumann** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung zur Schließung der Rednerliste.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und die Rednerliste geschlossen.

Ratsherr **Stieber** ist dafür, heute eine Entscheidung zu treffen, sich bis September 2025 Zeit zur Beratung zu nehmen und den Beschluss zu überdenken oder aufgrund der aktuellen Erkenntnislage abzustimmen.

Ratsherr **Großmüller** gibt zu Protokoll: „... eine Stadt wie Neubrandenburg mit der Wirtschaftskraft und den Einnahmen, die wir haben, eigentlich sich so eine Schwimmhalle locker leisten hätte können, wir aber 2015 dort vor eine Situation gestellt wurden, wo eine komplett falsche Einwanderungspolitik durch die CDU ins Laufen gebracht wurde. Eine Energiepolitik von der SPD und Grünen, die uns letztendlich in die Situation bringt, dass die Kommunen, Länder und auch der Bundeshaushalt extrem überstrapaziert sind zu Lasten der nächsten Generation, unserer Kinder, die jetzt darunter leiden müssen, dass wir uns Gedanken machen müssen, wo wir das Geld herbekommen. ... dass wir nicht an diesem Punkt heute wären, wenn wir 2015 einfach ein, zwei Sachen anders und richtiggemacht hätten.“

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** führt dazu ergänzend aus, dass die Gemeinde 2015 nicht zuständig war.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** ist wichtig aus dieser Debatte zu lernen, rechtzeitig Kosten von Beschlüssen zu beziffern. Solche Fehler sollten in Zukunft nicht wiederholt und im Vorfeld Maßnahmen grob überschätzt werden, um solider entscheiden zu können.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** räumt eine Beratungspause ein.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt namentlich über die Vorlage abstimmen. Das Ergebnis ist dem Protokoll als Anlage 2 angefügt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 16 Dafürstimmen, 17 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlussnummer: **STV 6/15/2025**

TOP 16 Änderung der Tagesordnungsreihenfolge für die Stadtvertretersitzung in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0128

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Aussprache.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** schließt die Aussprache.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei 1 Dafürstimme und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussnummer: **STV 6/16/2025**

TOP 17 Antrag für ein "wahres Demokratiefest" am 1. Mai 2025
Vorlage: BV/VIII/0129

Die Vorlage wird vom Einreicher zurückgezogen.

Verabschiedung Stadtrechtsdirektor:

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** wünscht an dieser Stelle Herrn **Meyer zu Schlochtern** im Namen der Ratsfrauen und Ratsherren für die Zukunft alles Gute, dankt für die stets gute Zusammenarbeit und überreicht Blumen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Prof. Dr. Roman Oppermann
Stellvertreter des Stadtpräsidenten

gez. Heike Witt
Protokollantin